

Ihr Gesprächspartner/in: Heinz-Willi Schäfer, Angelika Günther, Heide Römer-Heidemann, Gerhard Diekmann, Herbert Hagedorn, Marc Knülle

**Gremium: Rat**  
**Sitzungstermin: 21.05.2003**

**Verteiler: Vorsitzende(r), I, II, III, IV, BRB**  
**Federführung:**

öffentlich  
 nicht öffentlich

**Rückgabetermin:**  
**erledigt am:**

Antrag  
 Dringlichkeitsantrag

**Datum: 07.04.2003**  
**Drucksachen-Nr.: 03/0110**

**Betreff:**

**Ausbildungsplatzkonferenz 2003**

**Beschlussvorschlag/Fragestellung:**

Der Rat der Stadt Sankt Augustin beauftragt die Verwaltung, im 2003 eine „Ausbildungsplatzkonferenz 2003“ einzuberufen.

Ziele der Konferenz sind:

1. in Industrie, Handel und Handwerk für die Bereitstellung weiterer betrieblicher Ausbildungsplätze zu werben,
2. eine Ausbildungsplatzbilanz der Stadt zu erstellen,
3. eine (kommunale) Ausbildungsplatzbörse einzurichten,
4. den Bedarf für Berufsvorbereitungsmaßnahmen, Maßnahmen zur Berufsförderung, vollzeitschulischer Berufsausbildung und außerbetrieblicher Ausbildung zu ermitteln und
5. je nach Bedarfslage weitere Maßnahmen zur Verbesserung des Ausbildungsplatzangebotes vorzubereiten;

Als Teilnehmer der Ausbildungsplatzkonferenz sollen angesprochen werden:

- IHK und Handwerkskammer
- Verbände der örtlichen Wirtschaft
- Vertreter kommunaler Beteiligungsgesellschaften

- DGB
- Personalrat
- Berufsschulen
- Weiterführende Schulen
- Vertreter der Elternschaft
- Schülersprecher der weiterführenden Schulen
- Arbeitsamt
- Wohlfahrtsverbände, die in der beruflichen Förderung tätig sind.
- VHS und andere Träger der Weiterbildung
- Schulverwaltung und Jugendhilfe
- Vertreter der Fraktionen des Rates
- Interessierte Öffentlichkeit

**Problembeschreibung/Begründung:**

Zur Zeit mehren sich die Anzeichen, dass auch in Sankt Augustin im Jahr 2003 nicht genügend Ausbildungsplätze für alle Bewerberinnen und Bewerber zur Verfügung stehen. Neben Kürzungen von Ausbildungskapazitäten bei Unternehmen muss auch mit einem Anstieg der Bewerberzahlen gerechnet werden. Die Schere zwischen Platzangebot und Bewerberzahl droht dabei auseinander zu gehen.

Für die weitere persönliche Entwicklung eines jungen Menschen ist der erste Einstieg in das Berufsleben von entscheidender Bedeutung. Hierzu haben junge Menschen ohne abgeschlossene Berufsausbildung dauerhaft keine realistische Chance. Betriebliche Ausbildungsplätze müssen weiterhin Vorrang haben, zur Not müssen aber auch Ersatzplätze geplant und bereitgestellt werden.

Ausbildungsplätze für alle Bewerber und Bewerberinnen ist die beste Vorbeugung gegen die ausufernde Belastung unserer Sozialsysteme auch im städtischen Haushalt und steigende Jugendkriminalität.

gez. Gerhard Diekmann  
gez. Angelika Günther  
gez. Herbert Hagedorn  
gez. Marc Knülle  
gez. Heide Römer-Heidemann

Heinz-Willi Schäfer